Handout

Kontext: Jason Stanley (*1969) ist ein Philosoph aus den USA, der an der Universität Toronto (Kanada) lehrt. Er beschäftigt sich unter anderem mit der **Theorie des Faschismus**. Faschismus (von ital. „fascio - Bündel) ist eine Form der Herrschaft und entstand in Italien als „früheste Form einer rechtsextremen Diktatur und wies autoritäre und militaristische Strukturen auf“ (Mimikama 2025). Faschistische Denkweisen zeichnen sich unter anderem durch die **vermeintliche Überlegenheit der eigenen Gruppe** und durch eine **„Wir-gegen-die“ Einstellung** aus.
In seinem Buch *„Wie Faschismus funktioniert“* (engl. und original: *„How fascism works“*) beschreibt Stanley **zehn Merkmale faschistischer Politik**. Diese Merkmale helfen dabei, faschistische Tendenzen in demokratischen Gesellschaften zu erkennen. Stanley selbst schreibt: „Mein Interesse in diesem Buch gilt der faschistischen Politik, insbesondere faschistischen Taktiken, die als Instrumente zur Mehrung von Einfluss und Macht dienen.“ (Stanley 2018).

1. **Mythische Vergangenheit:** Berufung auf eine legendäre Vergangenheit durch Faschist*innen, um eine großartige Zukunft zu rechtfertigen.

2. **Propaganda:** Einsatz emotional aufgeladener, hetzerischer Botschaften, die Angst schüren und die öffentliche Debatte durch Spaltung und Feindbilder beeinflussen.

3. **Anti-Intellektualismus:** Abwertung von Bildung, Expertise und klarer Sprache, um damit Werkzeuge für sachliche Diskussionen zu schwächen. Die Grundlage für informierte Entscheidungen geht verloren.

4. **Unwirklichkeit:** Überschwemmung des öffentlichen Raums mit Lügen und Angriffen auf zuvor geachtete Institutionen. Faschistische Politik destabilisiert die Realität und sorgt dafür, dass Wahrheit nicht mehr gemeinsam bestimmt, sondern von einem Führer vorgegeben wird.

5. **Hierarchie:** Begründung einer im Faschismus vorgesehenen Hierarchie durch die Natur. Anders als liberale Denkweisen, die allen Menschen Rechte und Würde zusprechen, wird Gleichheit als Leugnung der „natürlichen Ordnung“ interpretiert.

6. **Opferrolle:** Verwischung der Grenze zwischen Gleichheit und Diskriminierung. Die dominante Gruppe wird als Opfer einer angeblichen Verschwörung dargestellt, um aggressive Politik als Selbstverteidigung zu rechtfertigen.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

7 **Recht und Ordnung:** Spaltung der Gesellschaft in „von Natur aus Gesetzestreue“ und angeblich „von Natur aus Kriminelle“. Menschen, die nicht den als traditionell empfundenen Normen entsprechen – etwa Frauen außerhalb klassischer Geschlechterrollen, Nicht-Weiße, Einwanderer*innen oder religiöse Minderheiten – werden allein durch ihre Existenz als Bedrohung der Ordnung dargestellt.

8 **Sexuelle Ängste:** Verknüpfung nationaler Stärke mit patriarchaler Männlichkeit und der traditionellen Familie. Abweichungen davon werden als Gefahr dargestellt, um Angst vor „Unreinheit“ zu schüren. Ausnutzen von sexuellen Ängsten und wirtschaftlicher Unsicherheit sowie Herbeiführen von Panik über (sexuelle) Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, abweichende Geschlechterrollen und queerer Sexualität.

9 **Sodom und Gomorra:** Das ländliche Leben wird als moralisch rein idealisiert, Städte hingegen als verdorben und durch Außenstehende beeinflusst. Politik soll angeblich die „reine“ Landbevölkerung vor städtischer und ausländischer „Verunreinigung” schützen.

Die Redewendung „Sodom und Gomorra“ findet ihren Ursprung in der Bibel, genauer gesagt im Alten Testament. Sodom und Gomorra waren Städte, die als Symbole für Gottlosigkeit und Sünde gelten. Laut der biblischen Erzählung wurden beide Städte von Gott ausgelöscht. Heute wird die Redewendung verwendet, um zum Beispiel auf chaotische Verhältnisse aufmerksam zu machen.

10 **"Arbeit macht frei”:** Solidarität wird nur für die eigene, angeblich „auserwählte“ Gruppe beansprucht – getreu dem Motto „Wir und nicht sie“. Diejenigen, die ausgeschlossen werden, werden zeitgleich als faul oder unwürdig dargestellt, um den Ausschluss von staatlichen Mitteln und die Ungleichbehandlung zu rechtfertigen.

Der Spruch „Arbeit macht frei“ wurde während des Naziregimes über den Eingangstoren mehrerer Konzentrationslager angebracht, in denen zahlreiche Menschen getötet wurden. Vor seiner Verwendung durch die Nazis war der Spruch befreiend und positiv gemeint – heute gilt er als Hohn gegenüber denjenigen Inhaftierten, die in den Konzentrationslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen schufteten und letztlich von den Nazis ermordet wurden.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

EUROSOC
#DIGITAL
Rethinking future society

#KLARTEXT
DEMOKRATIE

1. Füllt die Tabelle aus. Beachtet dabei, dass ihr pro Geschichte mehrere Taktiken finden sollt.

Geschichte (Land)	Welche Taktik?	Warum ist das ein Angriff auf die Demokratie?

Kofinanziert von der Europäischen Union

EUROSOC
#DIGITAL
Rethinking future society

#KLARTEXT
DEMOKRATIE

2. Welche Gemeinsamkeiten erkennt ihr zwischen den Taktiken zum Angriff auf die Demokratie?

Kofinanziert von der
Europäischen Union

Demokratie unter Druck:
Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Am 15. Juni 2021 verabschiedete das ungarische Parlament ein Gesetz, das die Darstellung von Homo- und Transsexualität in Büchern, Filmen und Lehrplänen von Schulen verbietet.
Das Gesetz, das von der rechtsnationalen Fidesz-Partei in das Parlament eingebracht wurde, und als „ungarisches Anti-LGBTQ-Gesetz“ [1] bezeichnet wird, verbindet die Themen Homo- und Transsexualität mit Pädophilie. Dieses Vorgehen wird (auch in anderen Staaten) gewählt, um Stimmung gegen homo- und transsexuelle Personen zu machen.
Am 18. März 2025 stimmte das ungarische Parlament für einen Gesetzentwurf, der es der ungarischen Regierung ermöglicht, Veranstaltungen der LGBTQ+-Bewegung zu verbieten und somit neben deren Sichtbarkeit auch ihr Recht auf Versammlung einschränkt.
Die *“Budapest Pride”* [2] 2025 fand trotz des Verbots der Polizei am 28. Juni 2025 statt. Zwischen 100.000 und 200.000 Menschen nahmen daran teil, darunter viele Erstteilnehmer*innen, die nicht nur für die Rechte sexueller Minderheiten, sondern auch für die demokratische Zukunft Ungarns eintraten.

Budapest, März 2025
Die Nachricht ploppte auf meinem Handy auf, als ich gerade in der Bibliothek saß: *„Pride-Parade verboten – ‚Veranstaltung gefährdet öffentliche Moral und Sicherheit.‘“* Mein Atem stockte. Wieder. Zum dritten Mal in fünf Jahren. Immer dieselbe Begründung, immer dasselbe Gefühl: Sie wollen uns auslöschen.
Ich erinnerte mich an den letzten Pride, an die Regenbogenfahnen, die Lichter, das Gefühl, für einen Moment zu einer Gemeinschaft zu gehören. Doch jetzt? Das Verbot. „Zum Schutz der traditionellen Werte“, hieß es. Als ob wir eine Bedrohung wären. Als ob Liebe etwas wäre, das man per Gesetz verbieten könne.

In der Mensa schob mir Márton sein Handy rüber. Ein Video: Ein Politiker, der in die Kamera sprach: „Ungarn ist ein christliches Land. Wir dulden keine Propaganda [3], die unsere Kinder manipuliert.“ Die Angst, die sie schürten, war überall. „Die LGBTGIA-Lobby will unsere Familien zerstören!“, stand auf Plakaten. Als wären wir die Angreifer und nicht die, die uns die Rechte nahmen.
Meine Feundin Eszter flüsterte: „Die verändern die Verfassung Stück für Stück. Irgendwann sind wir offiziell Bürger*innen zweiter Klasse.“ Ich spürte es: Oben die Regierung, die Kirche, die „wahren Ungarn“. Unten wir. Die, die nicht in ihr Bild passten.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Trotzdem trafen wir uns am Abend auf dem Heldenplatz. Keine Parade, kein Marsch – nur eine stille Kundgebung. Die Polizei stand in Reih und Glied, die Gegenprotestler*innen brüllten: „Ungarn den Ungarn!“ Doch wir hielten uns an den Händen. Weil Sichtbarkeit jetzt Widerstand war.

Später, in meiner Wohnung, sagte ich zu meiner Mitbewohnerin: „Sie verbieten uns die Straße. Aber sie können uns nicht verbieten, stolz zu sein.“ Und ich wusste: Solange wir uns nicht verstecken, haben sie verloren.

[1] LGBTQIA: Die Abkürzung LGBTQIA steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell und asexuell und beschreibt die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten. Sie wird verwendet, um Gemeinschaften jenseits heterosexueller Normen sichtbar zu machen.

[**2] Pride-Parade:** Die Pride-Parade ist eine Demonstration für die Rechte und Sichtbarkeit von LGBTQIA-Personen und gegen Diskriminierung.

[3] Propaganda: Einsatz emotional aufgeladener, hetzerischer Botschaften, die Angst schüren und die öffentliche Debatte durch Spaltung und Feindbilder beeinflussen.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Demokratie unter Druck: Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Das polnische Recht zum Schwangerschaftsabbruch ist seit einem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts aus dem Oktober 2020 eines der strengsten in Europa. Eine Schwangerschaft darf nur dann abgebrochen werden, wenn sie durch Vergewaltigung oder Inzest [1] entstanden ist oder wenn das Leben der schwangeren Person in Gefahr ist. Dies betrifft nur etwa 2% der in den letzten Jahren durchgeführten legalen Schwangerschaftsabbrüche in Polen.
Selbst wenn der Fötus schwere Fehlbildungen hat, ist gemäß dem Urteil aus dem Jahr 2020 ein Abbruch der Schwangerschaft nicht erlaubt. Die Abtreibung selbst ist für die Schwangere zwar nicht strafbar. Aber Menschen, die ihr dabei helfen – zum Beispiel indem sie Abtreibungspillen besorgen – können bis zu drei Jahre ins Gefängnis kommen. Dazu gehören auch Ärzt*innen, Partner*innen oder andere Angehörige. Gegen das Urteil demonstrierten 2020 zahlreiche Pol*innen. Seit seinem Inkrafttreten starben mehrere Frauen an einem septischen Schock [2], nachdem Ärzt*innen sich aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung geweigert hatten, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Nach diesen Todesfällen fanden über 70 Proteste in Polen und im Ausland unter dem Motto „Keine mehr“ („Ani Jednej Więcej“) statt.

Warschau, Oktober 2020. Mein Handy vibrierte, als ich gerade Magdas Schulbrot schmierte. Eine Nachricht von der Nachbarin: „Hast du schon gehört? Sie haben das Abtreibungsverbot verschärft. Selbst bei Missbildungen.“ Meine Finger erstarrten. Ich dachte an die Nacht vor fünf Jahren, als ich allein im Krankenhaus lag, nach der Fehlgeburt. Als die Ärzt*innen mich wie eine Verbrecherin behandelten. „Gott gibt und Gott nimmt“, hatte die Schwester geflüstert, während ich weinte. Damals war es schon schwer. Jetzt war es unmöglich.

Magda kam in die Küche, warf ihre Schultasche auf den Boden. „Mama, alle reden darüber. Was, wenn ich mal …“ Sie brach ab, aber ich wusste, was sie meinte. „Du hast doch Verhütung“, sagte ich automatisch – die Worte, die mir meine eigene Mutter eingehämmert hatte. „Ein anständiges Mädchen passt auf.“ Doch was, wenn das nicht reichte? Wenn ein Kondom riss? Schlimmer: Wenn sie vergewaltigt wurde? Mein Herz krampfte sich zusammen. Diese ständige, erdrückende Angst, die uns seit Generationen begleitete. Die Regierung nannte es „Lebensschutz“. Ich nenne es Kontrolle.

Am Abend sah ich die Nachrichten. Ein Politiker mit steinerner Miene: „Polen wird ein Land sein, das das Leben ehrt. Die Feministinnen [3] wollen nur unsere Werte zerstören.“ Als wären wir die Bedrohung. Als wären wir, die Alleinerziehenden, die Armen, die Verlassenen, die wahren Feind*innen. „Die Kirche schützt uns“, sagten sie. Doch wo war die Kirche, als ich mit einem Kleinkind und leeren Händen dastand? Wo war der Staat, als ich nachts wach lag und mich fragte, wie ich Magda durch den nächsten Monat bringen sollte?

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Ich erinnerte mich an die Worte meiner Schwiegermutter: „Du hättest dich mehr anstrengen sollen. Dann wäre dein Mann nicht gegangen." Als ob Armut, als ob Einsamkeit, als ob Schuld vererbbar wären. Diese unsichtbare Treppe, auf der ich ganz unten stand. Oben die Politiker*innen, die Priester, die „anständigen Familien". Unten wir. Die, die „versagt" hatten.

Dann kamen die Proteste. Magda wollte hin. „Ich gehe mit", sagte ich. Nicht wegen der Politik. Nicht wegen der Parolen. Sondern weil ich wusste: Wenn ich jetzt schweige, wird sie denken, sie sei allein. Wir standen zwischen Tausenden anderen Frauen, die „Keine mehr!" skandierten. Magda hielt meinen Arm fest, als die Polizei mit Tränengas schoss. „Warum tun sie das?" fragte sie. „Weil sie Angst vor uns haben", antwortete ich.
Später, zu Hause, weinte sie. „Was, wenn ich mal in so einer Situation bin?" Ich strich ihr über das Haar. „Dann kämpfen wir. Zusammen." In dieser Nacht schrieb ich in mein altes Tagebuch: „Sie nennen uns sündig. Sie nennen uns schuldig. Aber wir haben doch nur uns." Und das war genug.

[1] Inzest: Inzest ist der Geschlechtsverkehr zwischen eng verwandten Personen, wie zum Beispiel zwischen Geschwistern.

[2] Septischer Schock: Ein septischer Schock ist ein oft lebensgefährlicher Schockzustand, der durch eine fehlgesteuerte Immunreaktion auf Krankheitserreger verursacht wird. *Sepsis* ist ein anderes Wort für Blutvergiftung.

[3] Feminismus / Feminist*innen: Feminismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen – unabhängig von ihrem Geschlecht – die gleichen Rechte, Chancen und Respekt verdienen, und die Bewegung, die sich dafür einsetzt, dass das auch im echten Leben umgesetzt wird.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

EUROSOC #DIGITAL
Rethinking future society

#KLARTEXT DEMOKRATIE

Demokratie unter Druck: Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Die Ibiza-Affäre war ein politischer Skandal, der Österreich im Mai 2019 erschütterte. Auslöser war die Veröffentlichung eines heimlich aufgenommenen Videos aus dem Jahr 2017, das den damaligen FPÖ-Chef [1] und Vizekanzler Heinz-Christian Strache sowie den FPÖ-Politiker Johann Gudenus in einer Villa auf Ibiza zeigt. In einem Gespräch mit einer vermeintlichen Nichte eines russischen Oligarchen [2] bieten die beiden Politiker im Gegenzug für Wahlkampfhilfe für ihre Partei öffentliche Aufträge und die Manipulation von Medien an. Die Ibiza-Affäre führte zum Rücktritt des Vizekanzlers Strache, zum Bruch der ÖVP-FPÖ-Koalition und schließlich zu Neuwahlen im September 2019.

Mai 2019, Wien. Das Video ging viral: Unser Vizekanzler, betrunken, lachend, wie er einer vermeintlichen russischen Oligarchin [2] öffentliche Aufträge verspricht für Wahlkampfhilfen und die Übernahme der Kronen Zeitung [3]. Korruption [4] und Medienmacht. „Drei, vier Leute [...] pushen“ und „drei, vier Leute [...] abservieren““, sagte er über die Übernahme der Kronen Zeitung durch die Oligarchin und mögliche Wahlkampfwerbung für die FPÖ. Ich starrte auf den Bildschirm, mein Magen ein Klumpen Eis. Das war kein Fake. Das war unser Land.
Meine Mutter brüllte beim Abendessen: „Eine gezielte Hetze gegen die FPÖ!“ Mein Vater schwieg, wie immer. In der U-Bahn hörte ich: „Die lügen alle!“ – „Nein, die anderen lügen!“
Plötzlich schien nichts mehr sicher. Alle hatten eine eigene „Wahrheit“. Es kursierten zahlreiche Verschwörungserzählungen. Die Fakten verschwammen, bis ich nicht mehr wusste, was stimmte. „Wem soll ich noch glauben?“ dachte ich, während ich durch die Nachrichten scrollte.

In der Schule sagte Tom: „Alles manipuliert. Die Medien wollen nur, dass wir uns streiten.“ Ich wollte widersprechen. Doch was, wenn er recht hatte? Wenn nichts mehr echt war?
Der Vizekanzler, also der Mann aus dem Video, spricht in einer Pressekonferenz von einem „gezielten politischen Attentat“. Als wären sie die Opfer, und nicht die, die betrogen haben. Wer sind die Opfer? Die Politiker, die sich im Ibiza-Skandal sonnten? Die Journalist*innen, die den Skandal aufdeckten? Wenn Misstrauen gesät und Einfluss erkauft wird, ist in jedem Fall die österreichische Demokratie das Opfer. Wenn Medien gekauft werden und im Sinne von einigen, wenigen berichten und damit eine unabhängige Meinungsbildung unmöglich machten, ebenso. Wenn politische Spielregeln zu den eigenen Gunsten umgangen werden. Das ist kein Dienst am Volk. Das ist ein Dienst an den eigenen Interessen. Auf den Plakaten stand: „Wir gegen die da oben!“ Als gäbe es ein klares „Wir“. Doch wer gehörte dazu? Ich? Meine Freund*innen? Oder nur die, die laut genug schrien?

Als die Proteste begannen, ging ich hin. Nicht wegen der Politik. Sondern weil ich spürte: Wenn ich jetzt schweige, geht es immer so weiter. In der Menge hörte ich eine Frau rufen: „Das ist kein Skandal. Das ist das System!“
Später schrieb ich in mein Tagebuch: „Sie wollen, dass wir zweifeln. Dass wir aufhören zu fragen. Aber ich will wissen: Was bleibt, wenn die Wahrheit stirbt?“

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

[1] FPÖ: Die *Freiheitliche Partei Österreichs* ist eine 1956 gegründete rechtsgerichtete, nationalkonservative und rechtspopulistische Partei in Österreich. Zum Zeitpunkt der Ibiza-Affäre befand sie sich gemeinsam mit der ÖVP *(Österreichische Volkspartei)* in einer Regierungskoalition.

[2] Oligarch*in: Ein*e Oligarch*in ist eine sehr wohlhabende und einflussreiche Person. Durch ihre Macht und ihr Vermögen nimmt sie Einfluss auf die Politik in ihrem Land, um diese in ihrem Sinne zu lenken.

[3] Kronen Zeitung: Die “Neue Kronen Zeitung”, kurz Kronen Zeitung oder Krone, ist die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung.

[4] Korruption: Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht, z.B. der Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats, zum privaten Nutzen oder Vorteil. Korruption kann das Vertrauen der Bürger*innen in die Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und Handlungsfähigkeit des Staates stark negativ beeinflussen.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Demokratie unter Druck:
Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Seit dem Amtsantritt von Giorgia Meloni, der Vorsitzenden der nationalistischen, konservativen und postfaschistischen [1] Partei *Fratelli d'Italia* als italienische Ministerpräsidentin im Jahr 2022 hat sich die politische Kontrolle über den staatlichen Rundfunk und die öffentliche Kommunikation in Italien deutlich verschärft.
Die EU-Kommission und internationale Organisationen wie *Reporter ohne Grenzen* kritisieren diese Eingriffe und warnen vor einer Einschränkung der Medienfreiheit und Meinungsvielfalt. Trotz dieser Einschränkungen berichten Journalist*innen und Schriftsteller*innen weiterhin kritisch über politische Entwicklungen. Gleichzeitig wächst das Misstrauen gegenüber Nachrichtenkanälen in der Bevölkerung.

Rom, 2024. Ich sitze in der Redaktion, als meine Kollegin Chiara hineinkommt: „RAI [2] überträgt Melonis Parteitag Rede komplett – ohne Kommentar, ohne Analyse oder Kritik." Ich spüre, wie sich mein Magen zusammenzieht.
Ich denke zurück an die Zeit, als ich angefangen habe zu arbeiten. Ich war stolz, Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Italien zu sein. Ein Ort, an dem jede Stimme Platz hat – laut oder leise, unbequem oder nicht. Seit dem Amtsantritt der Regierung Meloni im Jahr 2022 hat sich das jedoch geändert.

„Das ist erst der Anfang", flüstert jemand in der Redaktion, als immer wieder schon lange geplante Beiträge von der Sendeliste gestrichen werden. „Nicht mehr passend", heißt es offiziell. „Passend… aber für wen?" frage ich mich. Für die Regierung bedeuten diese Veränderungen unseres Programms: weniger Kritik, mehr Kontrolle. „Telemoni" [3], heißt es in Teilen des Kollegiums inzwischen – Fernsehen, das direkt aus der Regierungsspitze zu kommen scheint.

Ich erinnere mich an den 25. April. Der Autor Antonio Scurati [4] sollte über die Befreiung Italiens vom Faschismus sprechen. Minuten vor der Sendung dann die Nachricht: „Er tritt nicht auf." Offiziell eine redaktionelle Entscheidung. Inoffiziell wussten wir alle: Seine Worte waren zu unbequem. Schriftsteller*innen, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen – wer kritisch fragt, wird plötzlich zur „Elite" erklärt oder gar zum „Feind".

Als ich mit Pablo in der Kaffeeküche stehe, sagt er: „Weißt du, was das Schlimmste ist? Ich weiß nicht mehr, was echt ist." Ich wollte lachen, aber dann merkte ich: Er meint es ernst. Ich vielleicht auch: Wenn alle Kanäle dieselben Botschaften senden, ist Vielfalt irgendwann nur noch eine Illusion. Wenn Berichterstattung einseitig wird, wenn immer mehr Menschen den Medien misstrauen und wichtige Stimmen aus Wissenschaft und Kultur verstummen, dann wird es nahezu unmöglich, sich unabhängig zu informieren.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

[1] Postfaschismus: Postfaschismus ist eine politische Strömung, die aus dem historischen Faschismus hervorgegangen ist. Postfaschismus sieht seine Wurzel im Faschismus, will aber nicht die existierende demokratische Ordnung umstoßen. Faschismus ist eine politische Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Italien entstand. Sie vertrat rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Gedanken.

[2] RAI: RAI ist die staatliche Rundfunkgesellschaft Italiens *(Radiotelevisione italiana S.p.A)*. Sie betreibt mehrere Fernseh- und Radiosender – ähnlich wie ARD und ZDF in Deutschland.

[3] „Telemoni“: Telemoni ist eine Wortneuschöpfung aus „Television“ und „Meloni“, dem Nachnamen der italienischen Ministerpräsidentin.

[4] Antonio Scurati: bekannter Schriftsteller aus Italien, Autor eines vierbändigen Werks über den Faschismus.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

EUROSOC #DIGITAL
Rethinking future society

#KLARTEXT DEMOKRATIE

Demokratie unter Druck: Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Am 23. Juni 2016 stimmten 51,9% der Brit*innen in einem Referendum [1] für den Austritt aus der Europäischen Union [2] *(„Leave wins“)*. Die Leave-Kampagne [3] versprach nationale Kontrolle über Gesetze, Grenzen, Finanzen und Fischerei sowie Einsparungen, die unter anderem dem nationalen Gesundheitssystem zugute kommen sollten. Besonders Menschen aus ländlichen Regionen und ältere Wähler*innen waren skeptisch gegenüber der EU und votierten für den Austritt aus der EU, während Menschen aus Städten, junge Menschen sowie Schottland und Nordirland überwiegend für den Verbleib des Vereinigten Königreichs [4] in der EU stimmten. In Folge des Referendums verließ Großbritannien die EU offiziell am 31. Januar 2020, gefolgt von einer Übergangsphase bis Ende 2020 zur Regelung von Handelsabkommen und Grenzfragen. Wirtschaftliche Folgen des Brexit [5] zeigten sich in Bürokratie, neuen Zollregelungen [6] und komplizierten Exportprozessen [7], insbesondere für Handel, Fischerei, Landwirtschaft und Logistik. Viele der geweckten Erwartungen, wie vereinfachte Bürokratie und wirtschaftliche Vorteile wurden bis heute nicht erfüllt, was zu politischer Ernüchterung führte.

Im Fischerhafen von Newlyn, 2020. Ich stehe an Deck meines kleinen Fischkutters, als mein Handy vibriert: „Weitere Exportverzögerungen wegen fehlender Dokumente.“ Unwillkürlich muss ich zurück an den Abend 2016 denken: Ich sitze im *Anchor Inn*, einen Pint in der Hand und starre gebannt auf den Fernseher an der Wand. Dann die Worte: „Leave wins.“. Jubel bricht aus. „Endlich!“, denke ich: „Wir bekommen unser altes England zurück!“ Der Slogan der Leave-Kampagne *„Take back control“* fühlte sich plötzlich so real an. Damals dachte ich, wir seien die Opfer eines übermächtigen Brüssels. „Die zwingen uns Fangquoten auf und lassen fremde Kutter in unsere Gewässer!“, hatte man überall im Ort gehört. Wir waren die Unterdrückten, die durch den Brexit endlich frei werden würden.

Doch als ich jetzt wieder in den Hafen einlaufe, stapeln sich dort die Kisten voller Fisch. Ich gehe die Formulare durch: Zollerklärungen, Gesundheitszertifikate, Fangbescheinigungen. Ein falscher Stempel und der LKW fährt nicht los. „Schon wieder ein Kunde weg…“, murmle ich. Wo sind die Handelsverträge, die uns versprochen wurden? Nichts ist angekommen. Später war ich bei John, einem meiner früheren Kollegen. „Erinnerst du dich noch an den roten Bus?“, sagt er. „Die Millionen, die durch den Brexit in unser Gesundheitssystem fließen sollten?“ Ich nicke nur. „War alles gelogen, Harry“, sagt er leise. Und ich weiß, er hat recht.

Ich muss an Cambridge Analytica [8] denken, an die Erkenntnis, dass die Leave-Kampagne unsere Daten gesammelt und gezielt genutzt hat, um uns eine andere Realität vorzuspielen und uns somit getäuscht hat. Wie konnte sowas passieren? Das Gefühl von Wut, Enttäuschung – es sitzt immer noch tief.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Und das Land? Gespalten. Stadt gegen Land. Jung gegen Alt. Das „alte England“, wie wir es uns vorgestellt hatten, existiert schon lange nicht mehr. Seit ich das erkannt habe, denke ich immer öfter: Vielleicht stehen wir gar nicht auf verschiedenen Seiten. Vielleicht teilen wir alle dasselbe Wasser.

[1] Referendum: Ein Referendum ist eine Volksabstimmung, bei der alle wahlberechtigten Bürger*innen direkt über eine politische Frage entscheiden.

[2] Europäische Union: Die Europäische Union (abgekürzt: EU) ist ein Zusammenschluss von europäischen Staaten, die gemeinsame politische Ziele verfolgen. Heute gehören 27 Staaten zur EU und arbeiten in vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zusammen.

[3] Leave Kampagne: Kampagne, die 2016 für den EU-Austritt warb. Bekannt für den Slogan *„Take back control“* und den roten Bus, der durchs Land tourte und durch den Brexit zusätzliche 350 Millionen Pfund pro Woche für das staatliche Gesundheitssystem Großbritanniens versprach.

[4] Vereinigtes Königreich: Das Vereinigte Königreich (UK) besteht aus England, Schottland, Wales und Nordirland.

[5] Brexit: Der Begriff Brexit setzt sich aus „Britain“ (Großbritannien) und „Exit“ (Austritt) zusammen und bezeichnet den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

[6] Zoll: Zölle sind die Gebühren, die man zahlen muss, wenn Waren über die Grenze eines Landes gebracht werden. Sie werden von der Zollverwaltung beim Überschreiten der Grenze erhoben.

[7] Export: Export *(Ausfuhr)* beschreibt den Verkauf von Waren oder Dienstleistungen ins Ausland.

[8] Cambridge Analytica: Datenanalyse-Unternehmen, sammelte Daten über potentielle Wähler*innen, um Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Mit diesen Informationen konnten gezielt politische Botschaften und Werbung entwickelt werden, die individuell auf einzelne Wähler*innen zugeschnitten waren, um deren Wahlentscheidung zu beeinflussen.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Demokratie unter Druck:
Bürger*innen erzählen aus ihrem Leben

Kontext:
Seit 2023 ersetzt das Bürgergeld [1] Hartz IV als Sozialleistung für alle erwerbsfähigen Menschen ohne oder mit geringem Einkommen. Die Höhe des Bürgergeldes beträgt 563€ pro erwachsener Person, zuzüglich Kinderzuschlägen und teilweise Kosten für Unterkunft und Heizung. Politisch ist das Thema stark umstritten: Teile der Bevölkerung und Medien kritisieren, dass Empfänger*innen „zu viel“ Unterstützung erhalten, während andere auf die gesetzlich geregelte Notwendigkeit staatlicher Absicherung des Existenzminimums hinweisen. Regelmäßig wird öffentlich über Abschaffung, Nichterhöhung oder auch Sanktionen diskutiert. Diese Debatten und oftmals verkürzte Darstellungen tragen zur gesellschaftlichen Spaltung bei.

Berlin 2025. Mein Handy vibrierte, als ich gerade Leilas Brot für die Schule schmiere. Eine Nachricht blinkt auf: „Keine Erhöhung beim Bürgergeld.“ Mein Herz zieht sich zusammen. Ich denke zurück an die Zeit nach meiner OP, als ich 18 Monate krankgeschrieben war und danach aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zurück auf die Baustelle konnte. Plötzlich waren wir auf Bürgergeld angewiesen – knapp 2.000 Euro bekommen wir als vierköpfige Familie pro Monat. Das sind pro Person etwas weniger als 500€, die für alles reichen müssen: Lebensmittel, Strom, Wasser, Kleidung und Medikamente, die Schulsachen für die Kinder. Am Ende des Monats bleibt nichts mehr übrig. Wehe, es geht irgendwas kaputt.

Am Abend laufen die Nachrichten: „Wer nicht arbeitet, lebt auf Kosten der Gesellschaft.“ Ich höre zu, spüre den nächsten Stich in der Brust. „Als ob wir die Schuldigen wären“, murmele ich. Leila setzt sich neben mich. „Papa, meinst du, die denken, wir sind faul?“ Ich nicke, schwer. „Ja, manche denken das.“ Ich sehe auf den Bildschirm und denke daran, wie sehr dieses Bild unsere Gesellschaft spaltet: die „Guten“, die arbeiten, gegen die „Schlechten“, die nicht arbeiten. Schicksalsschläge, Krankheiten oder die Tatsache, dass manche Menschen Schwierigkeiten damit haben, eine neue Arbeit zu finden - all das spielt in der Debatte keine Rolle.

Meine Frau kommt herein, setzt sich neben mich. „Du weißt doch, wie es war“, sagt sie. „Wir sind vor zwanzig Jahren vor Krieg und Gewalt nach Deutschland geflohen, haben jahrelang gearbeitet, Steuern gezahlt und uns angepasst.” Ich nicke. „Und trotzdem stehen wir hier, am unteren Ende der Treppe. Die ‚Leistungsfähigen‘ oben, wir unten.“

[1] Bürgergeld: Leistung des Sozialstaats. Soll denjenigen ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen decken können. 2026 soll es zu “Grundsicherung für Arbeitssuchende” umbenannt werden und auch inhaltliche Änderungen sind geplant.

Kofinanziert von der Europäischen Union

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der/die Verfasser*in; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.